

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

Politik und Medien agitieren sich den Bürger für die staatliche Krisenpolitik zurecht

Wie das Volk geistig die Krise bewältigen soll, für die es praktisch in Haftung genommen wird

Die Krise auf den Finanzmärkten hat sich zu einer Staatsschuldenkrise ausgewachsen. Die Rettungsaktionen mit gigantischen staatlichen Kreditsummen, die das Finanzgewerbe und die in Mitleidenschaft gezogene Realwirtschaft vor dem Kollaps bewahren sollten, haben sich zu einem Schuldenvolumen in den staatlichen Haushalten addiert, dem die Investoren zunehmend das Vertrauen entziehen. In die meisten Staatsanleihen investieren sie nur noch zu höheren Zinsen, bei nicht wenigen Staaten droht der Kreditentzug. Damit kündigt sich die nächste Etappe an, die den Ausgangspunkt der Krise auf einem neuen Niveau reproduziert. Entwertete Staatspapiere, Schuldenschnitte wie bei Griechenland, am Ende der komplette Zahlungsausfall eines Landes, all das beschwört eine neue Bankenkrise herauf, weil die Großen der Branche zu den wichtigsten Investoren in Staatsanleihen gehören, die mehr und mehr wertlos werden. Im Gefolge droht eine neue, weit größere Rezession, am Ende das Aus für das Geld, in dem ge-wirtschaftet wird. Alles steht auf dem Spiel. Die finale Frage in den Börsensälen und auf den politischen Gipfeltref-fen lautet: Wer rettet die zunehmend zahlungsunfähig werdenden staatlichen Retter, die bei den geretteten Finanzakteuren ihren Kredit verlieren?

Das sind so Fragen, bei denen die Völker nur in einer Hinsicht gefragt sind: Sie sind die Manövriermasse, die für alle Wirkungen und Anforderungen gerade-zustehen hat, die die Verantwortlichen in Kommerz und Politik für gebo-ten halten. Was die Wirkungen betrifft, so hat das Gros der arbeitenden Bevölkerung in den diversen europäischen Mitgliedstaaten seine Entwertung als Arbeitsmaterial auf die eine oder andere Weise längst erfahren. Im Gefolge der Krise haben die Leute auf Lohn verzichten müssen oder gleich ihren Arbeitsplatz verloren. Wer seinen Kredit nicht länger bedienen kann, verliert sein Eigenheim und bleibt auf Schulden sitzen. Wer seine Ersparnisse bei der falschen Bank wie Lehmann angelegt hat, büßt auch das ein. Und ganz am Rande erfährt man, dass die Zahl der Hungernen in den letzten drei Jahren auf der Welt um 40 Millionen gestiegen ist, weil große Finanzinvestoren mangels brauchbarer Anlagealternativen im Rohstoff- und Lebensmittelmarkt spekulieren und die Ernährung für immer mehr Menschen endgültig unerschwinglich machen.

In diesen Tagen aber, in denen die Überschuldung der Staaten Schlagzeilen macht, lernt die Menschheit die Ver-armung nicht nur als eingetretene kennen, sie kommt auf Ansage und als Anforderung daher, als groß angelegte politische Strategie. Der sogenannte Sozialabbau im großen Stil, zumeist kombiniert mit Steuererhöhungen, gilt nämlich allen

Euro-Staaten als Mittel der Wahl, um das Vertrauen der Finanzkapitalisten in ihre Staatsschuld-papiere wiederherzustellen. Und es geht ums Ganze, die Rettung des Euro. Deutschland brüstet sich damit, dass es bei den sozialen Abbrucharbeiten seit der rot-grünen Regierung unter Kanzler Schröder bereits Vorbildliches geleistet hat, und zieht sich damit bei seinen Nachbarn nicht Verachtung, sondern Achtung und neidvolle Blicke zu. Aber auch das ist längst nicht genug. Das Erreichte muss gesichert und ausgebaut werden, und mit einer Schuldenbremse schreibt sich die amtierende Regierung die Fortsetzung der Rosskur gleich in die Verfassung.

So etwas muss die Manövriermasse erst einmal verkraften. Praktisch sowieso. Aber damit ein Volk auch willig tut, was es muss, wollen die auferlegten Zumutungen auch als geistig verkraftbar dargestellt sein, um Verständnis und Zuspruch zu wecken. Politik und Öffentlichkeit geben jedenfalls ihr Bestes, um den Bürger auf die geistige Orientierung festzulegen, die für die Durchsetzung staatlicher Krisenpolitik nötig ist.

„Die Maßnahmen der Regierung sind alternativlos!“

Das ist das erste, in Stein gemeißelte Argument, mit dem die Oberen dem Volk kommen. Die Botschaft ist klar:

Niemand soll angesichts der rigiden Sparmaßnahmen mit Gesuchen auf Milde oder Rücksichtnahme bei Rentnern oder sozial Schwachen antreten. Denn es gibt sie nicht, die alternative Vorgehensweise, für die mancher Verbands-vertreter oder linker Sozialpolitiker werben mag. Nicht das bessere Argument reklamiert die Regierung für ihr Vor-gehen, mit dem sie Alternativen als schlecht begründete abweist, sie bestreitet schlichtweg deren Existenz. Und damit ist jeder Einspruch argumentlos zur Ohnmacht verurteilt. Das Regierungshandeln vollstreckt einen Sachzwang, der gar keine Wahl lässt. So soll es die Menschheit auffassen.

Das sollten die so angesprochenen Völker einmal beim Wort nehmen. Die Genesung der Sorte Wirtschaft, die ihnen als unabweisliches Lebensmittel vorgesetzt wird, ist nur durch eine durchgreifende Verschlechterung ihrer Lebenslage zu haben, und das nicht nur vorübergehend, sondern so dauerhaft, wie die Kürzungsorgien bei Renten, Gesundheit und anderen Bereichen angelegt sind. Nicht aus bösem Willen, sondern weil das Sachgesetz unseres Wirtschaftens so etwas verlangt. Das wäre doch einmal als vernichtendes Urteil über dieses wirtschaftliche System ernst zu nehmen. Genommen werden soll es aber als Ausweis für die Notwendigkeit der Einschnitte.

Dabei hat die mit dem Argument Sachzwang verordnete Verschlechterung der Lebenslage gar nichts mit einem sachlichen Mangel zu tun, der zu einer vorübergehenden Einschränkung bei der Lebensführung zwingen würde. Finanzkrise hin oder her, keine Naturkatastrophe hat die Ernte verhagelt, kein Hektar Ackerland ging verloren, Fab-riken und Maschinen für die Herstellung von Essbarem und Nützlichem sind ebenso reichlich vorhanden wie Hände, die arbeiten könnten. Alle sachlichen Voraussetzungen für eine gediegene Versorgung der Menschen liegen vor. Aber um der Geldrechnungen willen, denen der Gebrauch all dieser Faktoren in dieser Wirtschaft unterworfen ist, wird der arbeitenden Menschheit ihr Lebensstandard beschnitten, damit diese Rechnungen wieder zur Zufriedenheit ihrer großen Nutznießer aufgehen können. Die Finanzbranche verliert angesichts der aufgelaufenen Staatsschulden ihr Vertrauen in die staatlichen Papiere und verlangt neue Beweise ihrer Solidität, wenn sie den Staaten weiterhin Geld borgen soll. Europas Regierungen liefern, so gut sie können, und tun das Nötige. Sie betreiben Schuldenminderung durch Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen, vornehmlich bei den großen Massen in ihrer Eigenschaft als Rentner, Krankenversicherter oder Verbraucher, weil das dem gleichzeitig nötigen Wachstum in der realen Wirtschaft am wenigsten wehtut oder sogar nützt. Denn das ist das zweite Kampffeld: Viel Wachstum aus möglichst billiger Arbeit, das braucht der Staat, um das Vertrauen der Finanzinvestoren zurückzugewinnen, und das brauchen die Unternehmen sowieso und immer. Finanzkapital, Realwirtschaft, Staat, drei Instanzen, eine Rechnung: Die Verarmung der Massen ist einfach notwendig, um alle Bilanzen wieder ins Lot zu bringen, in der Krise mehr denn je!

Es stimmt tatsächlich, in diesem System ist die schlechte Behandlung der arbeitenden Menschheit alternativlos; aber dieses System ist nicht alternativlos. Der Sachzwang, auf den sich berufen wird, ist ein gemachter, der von dem Regime des Geldes ausgeht, das der Staat mit seiner hoheitlichen Gewalt für seine Art von Wirtschaft verbindlich macht. Es ist also nur folgerichtig, wenn in zahlreichen Euro-Staaten das soziale Abbruchunternehmen mit Polizei-gewalt gegen Widerstände in der Bevölkerung durchgesetzt wird. Denn der Sachzwang hat dann doch nicht den Status eines Naturgesetzes, das aus sich heraus gilt, sondern wird nur in dem Maße wirksam, wie der Staat ihn mit seinem Zwang durchsetzt. ...

Der vollständige Artikel kann im GEGENSTANDPUNKT 4-11 nachgelesen werden.

VORTRAG & DISKUSSION

*Kubas neuester Aufbruch zum ‚Sozialismus‘
in schwerer Zeit:*

Eine Staatsreform in Richtung Drittweltkapitalismus zur Bewältigung des Staatsnotstands

Referent Wolfgang Möhl, Redaktion GEGENSTANDPUNKT

Frankfurt Mittwoch, 25.04.2012

Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.69
(Eingang über den Hof)
Beginn: 19 Uhr

Marburg Donnerstag, 26.04.2012

Kulturladen KFZ, Schulstr.6
Beginn: 20 Uhr

Eintritt frei!

Die neueste Ausgabe ist ab sofort in den einschlägigen Buchhandlungen erhältlich.

**Aufbruch ins pazifische Jahrhundert,
Reset mit Russland**

Die USA erneuern ihren globalen Führungsanspruch

Die Notwendigkeit eines ‚Change‘ auf dem Feld der Außenpolitik begründet Präsident Obama schon seit seinem Amtsantritt mit Verweis auf die problematische Lage der Vereinigten Staaten in der Welt, die das Land den Fehlern der Bush-Regierung zu verdanken habe: Deren Kriege hätten statt einer Neuordnung vielmehr unproduktive Frontstellungen in der Welt befördert und Gottes eigenem Land Lasten aufgeladen, an denen es in der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg schwer zu tragen habe. Vor allem aber hätten solche politischen Irrwege die USA abgelenkt von den eigentlichen Aufgaben echter globaler Führung. Die hält Obama selbstverständlich für angemessen und dringlich: *The time for our leadership is now.*

Inzwischen hat er einigermaßen klar gestellt, was das heißen soll: Die USA sind global präsent, beziehen also alle Problemlagen der Welt mit allem Recht, das ihnen ihre Macht gibt, auf sich. Sie sind mit ihren ökonomischen und politischen Ansprüchen und ihrer Militärgewalt in jeder Weltgegend der große, überlegene Nachbar aller Nationen, der denen Kooperationen anzubieten hat, in denen die jeweils ihre Interessen verfolgen können – mit Blick auf und in Abstimmung mit den Vereinigten Staaten. Das heißt nichts anderes, als dass die USA die politischen Subjekte der Völkergemeinschaft in einem System von Ermächtigung und Beschränkung dauerhaft auf sich als die Führungsmacht bezieht, die Anrechte zuteilt und für eine entsprechende Geschäfts- und Gewaltordnung mit ihren allen überlegenen Gewaltmitteln einsteht. So der Führungsanspruch, den Obama verfolgt.

In diesem Sinne eröffnet er mit dem programmatisch angekündigten erneuerten Auftritt der USA als **pazifischer Macht** der aufstrebenden Konkurrenzmacht **China** das Angebot wie die Zumutung, sich in ein amerikanisch gestiftetes System ökonomischer, politischer und strategischer Beziehungen einzuordnen, die sowohl auf erweiterte wirtschaftliche Öffnung Chinas für US-Kapital wie auf die Schaffung einer pazifischen Wirtschaftszone nach US-Vorgaben und zugleich auf Chinas militärische, strate-

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahresschrift
1-12

Zum Januar-Gipfel der EU

Der Fiskalpakt – Europas Wunderwaffe gegen die Krise

Expertenregierungen für Europas Pleiteländer

Staatliche Souveränität mit Haushaltsschulden in Zeiten der Euro-Krise

Die USA erneuern ihren globalen Führungsanspruch

Amerikas „pazifisches Jahrhundert“ und sein neuer Rivale China Obamas „Reset“ mit Russland

Kubas jüngster „Aufbruch zum Sozialismus“

Staatlich organisierter Drittweltkapitalismus

Sahra Wagenknechts Hit

„Freiheit statt Kapitalismus“ – damit der „kreative Sozialismus“ den Kapitalismus wieder auf Vordermann bringt!

Rechtsradikaler Terror: Eine Runde Schämen für Deutschland
„Taste the Waste“ – Ursachenforschung in Sachen Welthunger
Zukunft der Arbeit: nicht ohne Mehrarbeit und Billiglohn!
Eine Klausel für den Frieden – kein guter Einfall!
Ein Update fürs zeitgemäße Russland-Bild
Klimaverantwortung in der Staatenkonkurrenz
Wie ein Bundespräsident demontiert und ein neuer gekürt wird
„Der Gegenstandpunkt“: Woran ein Freigeist eine Sekte erkennt

ISSN 0941-5831 168 Seiten € 15.–
Ab sofort im Buchhandel erhältlich

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung * Carolus * Hugendubel * Internationale Buchhandlung Südseite * Karl Marx * Land in Sicht * Naumann & Eisenbletter * Ypsilon * DARMSTADT: Georg Büchner * Bressunger * GRIESHEIM: Schlapp * SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg * MAINZ: Cardabela * BAD HOMBURG: Hugendubel GIESEN: Bahnhofsbuchhandlung * Marburg: Elwert * Roppel * Roter Stern

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com

V.i.S.d.P.: Gegenstandpunkt Verlag/GmbH, B. Schumacher, Kirchenstr. 88, 81675 München; E.i.S.

gische und rüstungsdiplomatische Einhegung abzielen. Entsprechend verfährt Obama auch mit **Russland** – das wie China die Sicherheit seiner Interessen selbst garantieren kann und will. Es soll einsehen, dass der amerikanische Raketenschirm, der Russlands Militärmacht entwerten soll, keinesfalls gegen Russland gerichtet ist, dass das russische Interesse an Sicherheit eigentlich bei der NATO und das an kapitalistischer Entwicklung in einer amerikanisch geregelten Weltmarktordnung in besten Händen wäre...

Den Fortschritten der **Krise und Krisenkonkurrenz der Euro-Staaten** widmen sich zwei Artikel:

Der Fiskalpakt – Europas Wunderwaffe gegen die Krise

Die Beschlüsse, ihr staatliches Haushaltsgebaren verbindlich an dem kritischen Urteil der Finanzmärkte über die Euro-Staatsschulden auszurichten, enthalten das Eingeständnis, dass die Finanzmärkte den Euro-Staaten die Anerkennung ihrer Schulden als verlässlicher zinsbringender Finanzvermögen zunehmend verweigern – dass es auf diese geschäftliche Anerkennung für ihre staatliche Finanzmacht aber ankommt. Dem wollen die Euro-Staaten – neben neuen Milliarden Garantien für die Finanzwelt mit einem Regime beikommen, das ein

„Zuviel“ an staatlicher Haushaltsverschuldung zurückführen will, um finanzkapitalistisches ‚Vertrauen‘ zurückzugewinnen, nach der Devise: keine Staatsausgaben, die sich nicht kapitalistisch rechnen! Die Massen müssen dafür geradestehen.

Expertenregierungen für Europas Pleiteländer

Staatliche Souveränität mit Haushaltsschulden in Zeiten der Euro-Krise

Im Zeichen nationaler Überschuldung setzen Italien und Griechenland – von den noch kreditmächtigen Euro-Staaten unter deutscher Führung tatkräftig drangsaliiert – Expertenregierungen ein und so die kapitalistische Staatsräson mit allen negativen Konsequenzen einer solchen rigorosen Krisenpolitik gegen Land und Leute und gegen alle inneren Widerstände durch.

Kubas jüngster „Aufbruch zum Sozialismus“

Staatlich organisierter Drittweltkapitalismus

Die kubanische Führung hat weitreichende Reformen beschlossen. Förderung devisenbringender Wirtschaftszweige und Attraktion auswärtigen Kapitals; Verpflichtung der staatlichen Betriebe auf gewinnorientierte Produktionsmaßstäbe; Entlassung von mindestens 1 Million der Staatsbediensteten; erhebliche Ausweitung der privaten Kleinwirtschaft und Förderung privat wirtschaftender Bauern; baldige Abschaffung der Reste der staatlich garantierten Grundversorgung. Die Regierung begründet ihren Maßnahmenkatalog mit dem Verweis auf die katastrophale Haushaltslage des Landes, die schmerzhaften Korrekturen unvermeidlich mache. Sie verspricht aber zugleich, mit diesen Maßnahmen *„den Sozialismus zu erhalten, ihn zu stärken und wahrhaftig unwiderruflich zu machen.“* (Raúl Castro)

Der Gegenstandpunkt nimmt die Reformen zum Anlass einer kritischen Würdigung des aktuellen Endpunkts sowie der generellen Absichten, Schranken, Widersprüche und negativen Fortschritte von 50 Jahren kubanischem „Sozialismus“ – mit einem Nachwort zur Kuba-Freund- und Feindschaft einst und heute.

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens für alle Interessierten

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum K1, K2 oder K3 (im 1. Stock) oder K4 (im 2. Stock)
Zeit donnerstags um 19 Uhr
15.3. / 22.3. / 29.3. / 12.4. / 19.4. 2012
weitere Termine nach Vereinbarung

Veranstalter: **farbeROT & GEGENSTANDPUNKT**

ARBEITSKREIS KAPITAL

Karl Marx - Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band

Ausgabe: MEW 23, Dietz-Verlag ISBN: 978-3-320-00262-6

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim (Eingang links neben dem Café KOZ)
Raum K1, K2 oder K3 (im 1. Stock)
Zeit mittwochs um 19 Uhr
28.3. / 18.4. 2012

Veranstalter: **farbeROT**